

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Schautafelungen der Amtshauptmannschaft Dresden-Stadt.

Bankkonto:
Sächs. Ansb. Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 7,00 M., durch die Post gegen vorerhaltene 21,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 10,00 M., Einzelnummer 40 Pf.

Schriftleitung: Weinbergplatz 10. Tel. 25261.
Erscheinungstage: außer wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weinbergplatz 10. Tel. 25261.
Verlagszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die halbpaltene Anzeigenzeile 2,50 M., Familienanzeigen 2,00 M., die halbpaltene Meldeanzeige 0,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabenermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpfändung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Druckverlegung 40 Pf.

Nr. 269

Dresden, Sonnabend den 19. November 1921

32. Jahrg.

Abrüstungs-Geplänkel

Das Geplänkel über die Abrüstung wird fortgesetzt, wobei es sich um die Frage handelt, ob die Abrüstung in der Weise vor sich gehen soll, wie es die amerikanische Politik verlangt, oder ob die Abrüstung in der Weise vor sich gehen soll, wie es die europäische Politik verlangt.

Die Amerikaner sind mit ihrer Forderung, das Verhältnis der Kriegsmächte von 6:10 auf 7:10 zu erhöhen, bereits untergegangen. Es scheint, daß Amerika in diesem Punkte nachgeben wird.

Größere Schwierigkeiten bereitet die Frage der U-Boote. Die Amerikaner möchten die Zahl und vor allem die Größe der U-Boote beschränken. Jedoch ist es fraglich, ob sie dem zustimmen, da es grundsätzlich in der U-Bootfrage eine andere Stellung einnimmt und diese Waffen zur Verteidigung seiner langgestreckten Küsten für notwendig hält.

Schlammereise scheint England für eine Beschränkung der Luftstreitkräfte wenig übrig zu haben, während ein Teil der amerikanischen Presse auch diese Waffen für Kriegszwecke verbieten möchte. Das gleiche gilt für die Verwendung von Giftgas, worüber ebenfalls auf der Konferenz gesprochen werden soll.

Leberhaupt hat man bereits erkannt, daß die Abrüstung nicht allein auf die Flotte beschränkt werden kann. Nach der Meldung der Londoner Daily News soll England sogar mit Frankreich Garantien zugesprochen, wenn es sich einer Abrüstung größeren Umfangs bereit findet, eventuell die allgemeine Dienstpflicht abschafft. Italien und Japan haben das gleiche tun.

Aus den ganzen Verhandlungen erhält man immer mehr den Eindruck, daß zwischen England und Amerika eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung besteht. Der leidtragende dabei neben Japan auch Frankreich, das sich in die Rolle des Mittlers hineingetragen hat, wobei es natürlich auch allerlei Vorteile für sich herauszuholen hoffte, und das sich nun bitter schmecken muß. Dadurch tritt auch der französisch-englische Gegensatz wieder mehr zutage, wie die englische Forderung, die Flottenverminderung auch auf Frankreich und Italien auszuweiten.

Das chinesische Problem ist noch nicht weiter gekommen, da der japanische Admiral Kato zur Prüfung der japanischen Vorschläge um eine Frist von mehreren Tagen ersucht hat. Sollten England und Amerika es durchsetzen, so Japan sich mit der offenen Tür in China und auf den japanischen Besitz befindlichen Inseln einverstanden erklärt, und man den gleichen Grundgedanken natürlich auch auf die neuen Kolonien anzuwenden müssen. Dabei will England noch nichts wissen. Weder auf den Inseln im Stillen Ozean, geschweige denn in seinen Kolonien möchte es auf die Abrüstung verzichten, die es dort genießt.

Nach einer neuesten Meldung aus Washington ist es nun möglich, daß Deutschland nun doch noch einladen wird, um genaue Mitteilungen über seine militärische und nautische Lage zu machen. Die amerikanische Regierung soll nämlich auf den Standpunkt stehen, daß die augenblicklich in Deutschland geforderten Zahlungen übermäßig seien und Frankreich und Italien Abänderungen zustimmen müßten.

Man muß es den Amerikanern lassen, daß sie alles tun, um die Verhandlungen voranzutreiben. In Gegenwart der europäischen Geheimdiplomatie werden die Amerikaner die Karten offen auf und bringen ohne Frage einen frischen Wind in die Konferenz. Nach den liberalisierenden Abrüstungsplänen, nach dem offenen Eintreten für die chinesischen

Forderungen sind sie nun auch mit ihrem Haupttrumpf heranzutreten:

Für amerikanische Staatssekretär Hughes gab insofern, aber bündig die Erklärung ab, Amerika werde seinen ganzen Einfluß aufbringen, um die vorgeschlagene Abrüstung der Welt durchzusetzen. Die Hauptwiderstände würden durch die Annahme der amerikanischen Vorschläge eine Teilnahme von ungefähr 20 Milliarden Mark jährlich erzielt. Nur dann würde es möglich sein, der Frage der Einlösung oder Tilgung der Kriegsschulden unter den Entente-Mächten und der Normalisierung der Saldo näherzutreten, wenn das Abrüstungsprogramm gesichert sei.

Es dürfte den anderen Staaten schwer werden, sich dem starken finanziellen Druck Amerikas zu entziehen.

Eine gemeinsame Aktion?

Eigene Drahtmeldung
Berlin, 19. November. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat an den Parteivorstand der S. P. D. folgenden Brief gerichtet:

Beste Genossen! Die Fragen der Lohnfrage, der Steuern und der Höhe werden mit jedem Tage dringender. Sie bilden den Kernpunkt der Forderungen in den Arbeiterorganisationen aller Nationen. Dabei hat sich herausgestellt, daß die von der U. S. F. aufgestellten Forderungen, vor allem die Erhöhung der Mindestlöhne, mehr und mehr in allen anderen Organisationen Zustimmung finden. Diese weitgehende Übereinstimmung der Forderungen über die jetzt aufzustellenden Forderungen eröffnen die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen. Um diese vorzubereiten und auszuführen, halten wir zunächst eine gemeinsame Sitzung aller politischen und gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen für notwendig. Wir laden Sie deshalb zu einer gemeinsamen Besprechung ein. Mit sozialistischem Gruß! Grüßen!

Die Sitzung wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden.

Die Industrie befreit auf ihren Forderungen

Eigene Drahtmeldung
Berlin, 19. November. Der Industrieschutz hat sich mit einem neuen Schreiben an die Regierung gewandt, daß heute vor

mittag beim Reichskanzler eingeleitet ist. Der Ausschuss hält seine Vereinstagung, die sich heute in der Reichskanzlei abspielt, aber ebenfalls auf der Durchführung seiner Forderungen. Am Dienstag wird der Kaiserliche Vertreter der Gewerkschaften zur Besprechung des von ihnen aufgestellten Steuerprogramms empfangen.

Amerika für die Ermäßigung der Reparation?

London, 19. November. Ein Telegramm aus Washington meldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten der Ansicht ist, die für Deutschland festgesetzte Summe der Reparationszahlung sei zu hoch. Die Regierung wolle sich daher auf den Standpunkt, daß Frankreich und Italien einer Ermäßigung der Zahlungsverpflichtungen zustimmen müssen.

Gold über der holländischen Grenze

Hamburg, 19. November. Es kann als feststehend gelten, daß der Kriegserbeholer Gold von Freunden in einem Auto über die holländische Grenze gebracht worden ist.

95 Milliarden

In der gestrigen Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages gab ein Ministerdirektor des Reichsfinanzministeriums einen Überblick über die Einnahmen, die das Reich aus den bisherigen und aus den neuen Steuern erwartet. Er rechnet dabei die Summe von 95 Milliarden Mark heraus. Ein Betrag, der freilich noch lange nicht ausreicht, um alle Ausgaben des Reiches zu decken, besonders dann, wenn unsere Reparationsverpflichtungen nicht ermäßigt werden. Diese Summe ergibt pro Kopf der Bevölkerung 183,80 M., auf eine vierköpfige Familie also im Durchschnitt über 600 M. Wenn man bedenkt, daß heute der größte Teil des Volkes kaum so viel verdient, daß er auch nur die notwendigsten Bedürfnisse befriedigen kann, so erscheint die Summe ganz ungeheuer. Dabei darf freilich nicht vergessen werden, daß alle Angaben über die voraussichtlichen Steuereinnahmen nur ganz unsichere Schätzungen darstellen.

Es wird besonders von der Erhöhung unseres Geldwertes abhängen, ob die Summen, die tatsächlich dem Reich zufließen, hinter den erwarteten Beträgen zurückbleiben oder ob sie diese übersteigen. Fällt die Valuta weiter, so müssen auch im Inland alle Einkommen und alle Preise höher werden, und damit werden auch die Steuererträge größer. Freilich ist jedes Sinken der Valuta gerade für die Reichskassen verhängnisvoll. Die als Folge fortwährender Marktenwertung eintretende Erhöhung des inländischen Preis- und Lohnniveaus führt sehr schnell zu erhöhten Ausgaben des Reiches. Die Steigerung der Einnahmen aber läuft hinterher. Das gilt besonders für die direkten Steuern, zumal für die Einkommensteuer, deren Einküpfung ja immer das Einkommen des vorletzten Jahres zugrunde gelegt ist, in dem die Geldwertverminderung des darauffolgenden Jahres noch nicht zum Ausdruck kommt. Bei dem Betrage von 183,80 M. darf man freilich auf nicht verpassen, wie sehr unser Geldwert gesunken ist. Vor dem Kriege blieb das Einkommen der meisten Arbeiter unter diesem Betrage zurück. Gewissen an den Inlandvertriebenen dürfte die Mark heute noch etwas den sinkenden bis unangenehm Teil ihres Vorkriegswertes zeigen. Die 183,80 M. an Steuern bedeuten also daher einen Betrag von ungefähr 70 bis 100 Vorkriegsmark. Andererseits ist zu beachten, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten hinter der Geldwertverminderung weit zurückgeblieben ist. In wenigen Wochen sind infolge des Valutafalles die Kosten der Lebenshaltung ganz gewaltig gestiegen. Die erforderlichen Gehalts- und Lohnverhöhungen werden aber erst in den nächsten Wochen und Monaten erfolgen. Wir dürfen daher den berechneten Betrag von 183,80 M. nicht ohne weiteres in Beziehung setzen zu den heutigen Einkommen, sondern zu den wesentlich höheren Gehältern und Löhnen, die ja unbedingt kommen müssen, wenn die Massen des deutschen Volkes nicht einer unerträglichen Verelendung anheimfallen sollen.

Die reichliche Hälfte der neuen Steuern soll auf die direkten Steuern entfallen. Unter den heutigen Umständen darf freilich die ganze Evidenz zwischen direkten und indirekten Steuern nur einen beschränkten Wert. In Zeiten, in denen für Preissteigerungen ein solcher Spielraum besteht wie jetzt, ist es dem Steuerministerium möglich, auch die höchsten direkten Steuern wieder abzumildern. Die hohen Steuern werden voraussichtlich nicht verhindern, daß auch in Zukunft unsere Kriegsgeldbesitzer ihren Aktionären glänzende Dividenden geben und ihre allerhand Extragehälften machen. Deshalb müßte die Steuererhebung ergänzt werden durch Bestimmungen, die verhindern, daß von untern großen Unternehmungen so hohe Gewinne ausgeschüttet werden, wie das jetzt geschieht. Entwerfen müssen die hohen Liebergewinne zugunsten der großen Unternehmungen gezwungen werden, einen möglichst großen Teil ihrer Erträge zur Ausgestaltung und Verbesserung ihrer Betriebe zu behalten.

Genosse Verstein hat in der Aussprache im Steuerausschuss darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands nicht so verwickelt sei wie die finanzielle. Er läßt sich auch nicht leugnen, daß sich bei uns seit dem 9. November 1918 vieles gebessert hat. In weitem Umfange hat ein Wiederaufbau stattgefunden. Viele Betriebe, die durch den mühen Raubbau der Kriegszeit heruntergewirtschaftet waren, verfügen heute zweifellos wieder über leistungsfähige, auf der Höhe der Technik stehende Einrichtungen.

Sollen wir aber die gewaltigen Steuerlasten für das deutsche Volk erträglich machen, so kommt es darauf an, daß wir den Betrag unserer Volkswirtschaft gewaltig erhöhen. In den Voraussetzungen unserer Rechnungen, der ja auch für unser Valuta große Gefahren mit sich bringt, zu verzichten, müssen wir alles tun, um das Einkommen dieser Klasse möglichst zu beschränken. Der Arbeitsvertrag unseres Volkes, soweit er nicht zur Befriedigung notwendiger Existenz- und Kulturbedürfnisse gebraucht wird, soll nicht von den Angehörigen der kapitalistischen Oberschicht für Land, Vergnügen und aufreizende Luxus ausgegeben werden dürfen, nicht für weite Reisen und Lederhosen, nicht für kostbare Kleider und Automobilmotoren, sondern für die Errichtung neuer Fabriken, die Ausbesserung neuer Maschinen, die Verbesserung unserer Verkehrsverbindungen, den Bau von Kanälen und Eisenbahnen.

Der Finanzminister Herrmann vertrat im Steuerausschuss die Ansicht, daß es überhaupt nicht möglich sein würde, den deutschen Reichshaushalt in Ordnung zu bringen, wenn unsere Reparationsverpflichtungen nicht ermäßigt werden. Niemand weiß denn, ob es gelingen wird, unsere Gegner dazu zu bewegen, daß sie die Belastung Deutschlands durch die Reparation auf eine halbwegs erträgliche Höhe zurückzuführen. In jedem Falle aber werden die Zahlen ungeheurer Höhen

Kursänderung in Ungarn?

Budapest war in den letzten Tagen der Schauplatz einer Unruhe und auch zur Stunde ist die Gefahr eines weiteren blutigen Bürgerkrieges nicht beseitigt. Die Zensurverordnungen bisher alle Nachrichten über die jüngsten Vorkämpfe, so daß sich erst jetzt die Situation übersehen läßt. Die Parteien haben sich folgendermaßen abgeklärt:

Ende vergangener Woche forderten die aus Ungarn zurückkehrenden Barden unter Führung des berühmten Helden nach der Hauptstadt, wo sich ihre Anwesenheit bald in Form lärmender Kundgebungen und nächtlicher Orgelkonzerte machte. Petjas selbst nahm im Hotel Collet in der Quartier, wo er rücksichtslos alle Gäste hinanswarf und sich und seine Offiziere 40 Zimmer reservierte.

Der Terror der Petjas-Banden, die unter der Forderung der "lebe Petja" die Hauptstadt in Scherben machte, führte zu einer Gegenaktion der allmählich wieder erscheinenden Parteien. Das Hauptbestreben dieser Kreise acht jetzt in der Linie dahin, den Reichsverweser zu beschützen, da sich Petja und nach dem Karl-Putsch herausgestellt hat, daß Petja unter keinen Umständen auf seine Machtstellung verzichten will. Die Regimentsführer Petja und Petja sind bestrebt, nun, aus einem fastlich gesonnenen, aufständigen Brigade Oberst eine Streitmacht aufzustellen, um Petja zu stützen und nach Petja'scher Art auf beständlichen Posten Graf And. Affin und Graf ein neues Kabinett unter Führung Petja's zu bilden.

In dieser gefährlichen Situation erfolgte der Rücktritt Petja's. Die Regierungen verschieben hierauf ihre Aktion, da sie nun hoffen, auf friedlichem Wege in die Regierung gelangen zu können. Gleichzeitig verstärkte sich aber der Terror der Petjas-Banden, und das die Geschäfte weiterführende Kabinett sah sich gezwungen, einzuschreiten. Das Hotel Gierst wurde umzingelt und die Insassen nach kurzem Kampf befreit. Als am anderen Tage der Reichsverweser erfuhr, daß sich unter den Petjas-Banden ein eigenes Komitee gebildet habe, befahl er über den Kopf Petja's hinweg eigenmächtig die sofortige Freilassung seines "besten Offiziers". Petja befindet sich auch augenblicklich auf freiem Fuß. Die gegenwärtige Situation ist so verworren wie nur möglich.

Die Petja'sche Regierung wurde unter seiner eigenen Führung bilden möchte, ist gegen Petja; die Regimentsführer sind gegen Petja und gegen Petja; die kleinen Verbände sind für Petja und gegen die Regimentsführer. Ein Ausweg aus dieser Krise scheint allen ernsthafte Politiker nur durch eine Wende der politischen Kurve möglich, und es mehren sich die Stimmen, die für ein entschiedenes Abweichen vom bisherigen System und ein aus Überlegen werden des bisherigen Systems clauderen. Es sollen in diesen bescheidenen neuen Kabinett clauderen. Es sollen in diesen bescheidenen neuen Kabinett clauderen.

Die Petja'sche Regierung wurde unter seiner eigenen Führung bilden möchte, ist gegen Petja; die Regimentsführer sind gegen Petja und gegen Petja; die kleinen Verbände sind für Petja und gegen die Regimentsführer. Ein Ausweg aus dieser Krise scheint allen ernsthafte Politiker nur durch eine Wende der politischen Kurve möglich, und es mehren sich die Stimmen, die für ein entschiedenes Abweichen vom bisherigen System und ein aus Überlegen werden des bisherigen Systems clauderen. Es sollen in diesen bescheidenen neuen Kabinett clauderen.

Die Petja'sche Regierung wurde unter seiner eigenen Führung bilden möchte, ist gegen Petja; die Regimentsführer sind gegen Petja und gegen Petja; die kleinen Verbände sind für Petja und gegen die Regimentsführer. Ein Ausweg aus dieser Krise scheint allen ernsthafte Politiker nur durch eine Wende der politischen Kurve möglich, und es mehren sich die Stimmen, die für ein entschiedenes Abweichen vom bisherigen System und ein aus Überlegen werden des bisherigen Systems clauderen. Es sollen in diesen bescheidenen neuen Kabinett clauderen.